



21. März 2025

Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Bericht über das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens



Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	3
2	Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen	3
3	Allgemeine Bemerkungen zum Vorentwurf	3
3.1	Koalition für Konzernverantwortung bzw. nahestehende Organisationen (Gleichgesinnte) und weitere Befürwortende	3
3.2	Parteien	4
3.3	Kantone	5
3.4	Wirtschaftsverbände	5
3.5	Weitere Vernehmlassungsteilnehmende	5
4	Kritikpunkte	6
4.1	Anwendungsbereich	6
4.2	Berichtsinhalt	8
4.3	Bestimmung der Berichterstattungsstandards	12
4.4	Prüfung	13
4.5	Format, Veröffentlichung, Genehmigung, Führung und Aufbewahrung des Berichts	15
4.6	Übergangsbestimmungen (Anpassungsfrist); Unterstützungspflicht	17
4.7	Sanktionen; Strafbestimmung (Bussenregelung)	17
5	Einsichtnahme	17
	Anhang / Annexe / Allegato	19

Zusammenfassung

Von den Kantonen, politischen Parteien, Organisationen bzw. Verbänden gingen insgesamt 164 Stellungnahmen auf 725 Seiten ein. Zahlreichen Angehörigen der «Koalition für Konzernverantwortung» und ihnen nahestehenden Organisationen geht die Vorlage zu wenig weit, da sie keine Sorgfaltspflichten für Unternehmen enthält. Vertreter der Wirtschaft lehnen die Vorlage «in dieser Form» ab, wegen des Missverhältnisses zwischen Aufwand/Kosten und Nutzen/Ertrag sowie der Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf KMU.

1 Allgemeines

Das [Vernehmlassungsverfahren](#) zum Vorentwurf Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte: Änderung des Obligationenrechts ([OR](#)), des Revisionsaufsichtsgesetzes ([RAG](#)) und des Strafgesetzbuchs ([StGB](#)), inkl. Regulierungsfolgenabschätzung ([RFA](#)), dauerte vom 26.06.2024 bis zum 17.10.2024. Zur Teilnahme eingeladen wurden die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete und der Wirtschaft sowie weitere interessierte Organisationen.

[Stellung](#) genommen haben 26 Kantone, sieben politische Parteien und 94 Organisationen sowie weitere Teilnehmende. Insgesamt gingen damit 164 Stellungnahmen ein (inkl. zwei Verzichte).

Zwei Organisationen haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet.¹

2 Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen

Eine Liste der Kantone, Parteien, Organisationen und Personen, die geantwortet haben, befindet sich im Anhang.

3 Allgemeine Bemerkungen zum Vorentwurf

Es gingen total 164 Stellungnahmen auf 725 Seiten ein. Die Vorlage wird kontrovers beurteilt.

3.1 Koalition für Konzernverantwortung bzw. nahestehende Organisationen (Gleichgesinnte) und weitere Befürwortende

Zahlreiche Angehörige der «Koalition für Konzernverantwortung» («Koalition KVI»²) bzw. ihnen nahestehende Organisationen (Gleichgesinnte)³ befürworten die Vorlage zwar grundsätzlich (Ausweitung des Anwendungsbereichs/Änderung der Schwellenwerte, Verzicht auf *Comply or explain*, Einführung einer Prüfpflicht), sie geht ihnen aber deutlich zu wenig weit. Sie fordern einen «beschleunigten Gesetzgebungsprozess» in der Schweiz, der auch die «Sorgfaltspflichten von Unternehmen» umfasst, wie die Europäische Union EU sie in ihrer

¹ Schweizerischer Gemeindeverband, Schweizerischer Arbeitgeberverband.

² Zur Koalition für Konzernverantwortung gehören über 90 Menschenrechts- und Umweltorganisationen und Hilfswerke (s. www.konzernverantwortung.ch > Koalition).

³ Die feministische Friedensorganisation FRIEDA, syna – le syndicat, Brücke Le Pont, Gesellschaft für bedrohte Völker, femmes protestantes, terre des hommes schweiz, Actares, Hilfswerk der evangelisch Kirche Schweiz HEKS, Koalition für Konzernverantwortung, StopArmut/ Interaction, alliancesud, Public Eye, Demokratische Jurist*innen Schweiz DJS, Christ:innen für Klimaschutz, SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund, Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein, Fédération romande des consommateurs FRC, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, ESU-services GmbH, Elisabeth Stucki, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP, Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP, Grüne Schweiz, Fondation « Caux Initiatives et Changement», / Interaction BirdLife Schweiz, WWF Schweiz, Greenpeace, VCS Verkehrs-Club der Schweiz, AMNESTY INTERNATIONAL, PUSCH Praktischer Umweltschutz, Transparency International Schweiz.

entsprechenden Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen⁴ vorsieht. Grosse Schweizer Unternehmen sollen wie ihre europäischen Konkurrenten verpflichtet werden, Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten. Die wichtigste, von den Angehörigen der Koalition KVI/Gleichgesinnten verlangte Anpassung an der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage betrifft die Standards: Die betroffenen Unternehmen sollen für ihre Nachhaltigkeitsberichte *zwingend* die von Europäischen Beratungsgruppe für Rechnungslegung (*European Financial Advisory Group, EFRAG*⁵) entwickelten resp. sich in Entwicklung befindenden *European Sustainability Reporting Standards (ESRS)*⁶ verwenden müssen. Diese stützen sich auf eine delegierte Verordnung der EU-Kommission⁷ zur Ergänzung der Richtlinie 2013/34/EU⁸, in der Fassung der EU-Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen⁹. Weitere Standards sollen demnach *nicht* zugelassen bzw. nicht vom Bundesrat als gleichwertig qualifiziert werden können, wie im Vorentwurf vorgesehen.

Zahlreiche weitere Teilnehmende¹⁰ begrüßen die Vorlage im Grundsatz, verlangen aber z.T. erhebliche Anpassungen.

3.2 Parteien

Von den Parteien unterstützen die Grünliberalen, die Sozialdemokratische Partei SP, die Evangelische Volkspartei EVP, die Partei GRÜNE Schweiz und die Mitte Partei Schweiz die Vorlage grundsätzlich. Für die Grünliberalen GLP, die SP, die EVP und die Grünen ist der Vorentwurf ungenügend, weil er keine Sorgfaltspflichten von Unternehmen enthält. SP, Grüne und EVP verlangen die ausschliessliche Anwendbarkeit der ESRS als verbindlichen Berichterstattungsstandard für alle betroffenen Unternehmen. Die Mitte anerkennt die grossen Herausforderungen für kleine und mittlere Unternehmen KMU (Kosten/Aufwand) und wünscht sich eine Differenzierung zwischen im In- und Ausland tätigen Unternehmen. FDP und SVP lehnen die Vorlage ab (Überregulierung für neu betroffene KMU, Einschränkung der unternehmerischen Freiheit, Gefährdung Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz, insbesondere der KMU, enorme Regulierungskosten vs. fehlender adäquater Nutzen, einseitiger Nachvollzug des EU-Rechts ohne Berücksichtigung der Entwicklungen in den USA resp. in Asien usw.). Die SVP schlägt eventualiter zahlreiche Änderungen vor, falls an der Vorlage festgehalten wird.

⁴ [Richtlinie \(EU\) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie \(EU\) 2019/1937 und der Verordnung \(EU\) 2023/2859.](#)

⁵ [Europe's voice in corporate reporting | EFRAG.](#)

⁶ [Sustainability reporting | EFRAG.](#)

⁷ [Verordnung \(EU\) 2023/2772 der EU-Kommission vom 31. Juli 2023.](#)

⁸ [Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates. ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19–76.](#)

⁹ [Richtlinie \(EU\) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen. ABl. L 322 vom 16.12.2022, S. 15–80.](#)

¹⁰ Netzwerk der kantonalen Nachhaltigkeitsfachstellen NKNF, H+: Schweizer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen, Fédération des Entreprises Romandes (FER), Groupement des Entreprises Multinationales GEM, Demokratische Jurist*innen Schweiz DJS, Suissénégoce, International Corporate Governance Network ICGN, Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS), KUNSTSTOFF.swiss, ProCert AG, Partnership for Carbon Accounting Financials PCAF, Fachverband für Wasser, Gas und Wärme SVGW, EXPERTsuisse, Ethos, UNIVERSITY PENSION PLAN ONTARIO, UPP, Verein XBRL Schweiz, Réseau des Expert.es Engagé.es, Verein ASUCO, Stiftung B Lab (Schweiz), Allianz für Nachhaltige Unternehmen, Global Compact Network Switzerland & Liechtenstein, SWISS CLEANTECH, IG Detailhandel Schweiz, Swiss Holdings, Migros-Genossenschafts-Bund, AEROSUISSE, Swiss Sustainable Finance, The Principles for Responsible Investment (PRI) PRI Association, Schweizerische Normen-Vereinigung (SNV), Genève Aéroport, PHILIPP MORRIS SWITZERLAND SÄRL, Capital Group CG (Los Angeles), WELLINGTON MANAGEMENT COMPANY LLP (Boston), Intently Sàrl, Coop Genossenschaft, Université de Genève Faculté de droit Département de droit commercial, Universität Zürich UZH, Rechtswissenschaftliche Fakultät, UNIL Université de Lausanne Centre de droit privé Suva, Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+) Haus der Akademien, SIX Group AG, Boston Trust Walden, Lidl Schweiz DL AG.

3.3 Kantone

Fast die Hälfte der Kantone unterstützt die Vorlage im Grundsatz.¹¹ Einige dieser Kantone weisen aber auch auf die Betroffenheit von KMU hin sowie auf hohe Kosten bzw. hohen administrativen Aufwand, wobei sie gewisse Anpassungen fordern (Änderung der Schwellenwerte, Berücksichtigung der Natur der Aktivitäten, Ausschluss von überwiegend im Inland bzw. öffentlichem Auftrag tätigen Institutionen wie z.B. Spitälern, Beibehaltung des *Comply-or-explain* Ansatzes etc.).¹² Ablehnend bzw. der Vorlage gegenüber kritisch äusserten sich die Kantone Zürich, Nidwalden, Schaffhausen, Schwyz, Basel-Landschaft, Thurgau, Graubünden, St. Gallen, Obwalden, Appenzell Innerrhoden, Tessin und Neuenburg (zu hohe Regulierungsdichte, zu hohe Kosten im Verhältnis zum Nutzen, Wettbewerbsnachteile für die Schweizer Unternehmen, zu viele betroffene Unternehmen etc.).

3.4 Wirtschaftsverbände

Die (Wirtschafts-)Verbände¹³ und weitere Teilnehmende¹⁴ unterstützen zwar gewisse Ziele der Vorlage (Förderung der Transparenz, Nachhaltigkeit usw.), sehen die Vorlage aber kritisch und fordern erhebliche Anpassungen (s. unten, Ziff. 4) oder lehnen sie ganz ab¹⁵, jedenfalls «in der vorliegenden Form». Aus ihrer Sicht besteht namentlich eine Diskrepanz zwischen dem unverhältnismässig hohen Aufwand bzw. den hohen Kosten für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (inkl. Prüfung), insbesondere für KMU, und dem schwer bezifferbaren möglichen Nutzen resp. Mehrwert. Dieser Umstand schwäche die Wettbewerbsfähigkeit und den Wirtschaftsstandort der Schweiz.

3.5 Weitere Vernehmlassungsteilnehmende

Diverse weitere Teilnehmende äusserten sich zwar grundsätzlich positiv zur Vorlage, verlangten aber teilweise gewichtige Änderungen bzw. Präzisierungen (Anwendungsbereich, Spezialgesetz, Bussenreglung ohne Fahrlässigkeit, Berücksichtigung der KMU-Landschaft der Schweiz etc.).¹⁶ Andere Teilnehmende stehen der Vorlage ablehnend bzw. skeptisch gegenüber und verlangten entsprechende Änderungen und die Vermeidung eines «*Swiss Finish*» (s. unten, Ziff. 4), wobei sie die Absichten der Vorlage grundsätzlich anerkennen.¹⁷

¹¹ Kantone AG, GE, VS, BE, ZG, UR, LU, AR, JU, BS, SO, NE, VD, FR, GL. Vorbehaltlos unterstützen die Vorlage die Kantone AR und LU. Der Kanton BE weist auf weitere (in der Vorlage unberücksichtigte) Erlasse der EU im Zusammenhang mit Sorgfaltspflichten hin; ständige Teilrevisionen beschäftigten die Unternehmen unnötig und könnten zu Rechtsunsicherheit führen. Auch der Kanton GE wirft die Frage der «Harmonisierung» der Vorlage mit den Sorgfaltspflichten auf.

¹² Kantone JU, BS, SO, UR, VD, VS, GE, AG.

¹³ Economiesuisse, SwissHoldings, Schweizerischer Versicherungsverband SVV, scienceindustries, Association de Banques Privées Suisses ABPS, Schweizerischer Baumeisterverband SBV, Schweizer Fleisch-Fachverband SFF, Verband der Schweizerischen Schmierstoffindustrie (VSS, Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie (VSLF), HANDELSchweiz, GastroSuisse, Chocosuisse, Biscosuisse, Asset Management Association Switzerland, Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Swiss Medtech, SWISS TEXTILES Textilverband Schweiz, Verband des Schweizerischen Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandels swisscofel, SwissAccounting, Centre Patronal, Schweizerischer Verband der Telekommunikation asut, HotellerieSuisse, bauenschweiz, SWISS RETAIL FEDERATION, Metal.suisse, Schweizerischer Stahl- und Haustechnikhandelsverband SSHV, SWISSMEM, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB.

¹⁴ Swiss Venture Club SVC, Kellerhals Carrard Bern KIG, SWISSMEM.

¹⁵ HANDELSchweiz, Swiss Venture Club SVC, Kellerhals Carrard Bern KIG.

¹⁶ IG Detailhandel Schweiz, Swiss Holdings, Migros-Genossenschafts-Bund, AEROSUISSE, Swiss Sustainable Finance, The Principles for Responsible Investment (PRI) PRI Association, Schweizerische Normen-Vereinigung (SNV), Genève Aéroport, PHILIPP MORRIS SWITZERLAND SÀRL, Capital Group CG (Los Angeles), WELLINGTON MANAGEMENT COMPANY LLP (Boston), Intently Sàrl, Universität Zürich UZH, Coop Genossenschaft, Suva, Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+) Haus der Akademien, SIX Group AG, Boston Trust Walden, UNIL Université de Lausanne Centre de droit privé, Lidl Schweiz DL AG, Sustainserv GmbH, Handels- und Industriekammer Freiburg HIKF, Zürcher Handelskammer, SwissAccounting.

¹⁷ Advestra AG, Bär & Karrer AG.

Aus der Lehre bzw. von den Universitäten sind drei Stellungnahmen eingegangen.¹⁸ Die Autoren begrüßen die Vorlage grundsätzlich.¹⁹ Sie schlagen zahlreiche Änderungen vor, welche, abgesehen von den Schwellenwerten, überwiegend die Struktur bzw. Systematik des Vorentwurfs betreffen.

Eine Vernehmlassungsteilnehmerin findet die gesamte Vorlage gut.²⁰

4 Kritikpunkte

Die Kritikpunkte der Eingaben werden nachstehend zusammengefasst (Art. 8 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren²¹; Art. 20 Abs. 1 Vernehmlassungsverordnung vom 17. August 2005²²). Für weitere Einzelheiten sei auf die Vernehmlassungsantworten verwiesen (s. unten Ziffer 5).

4.1 Anwendungsbereich

4.1.1 Schwellenwerte

Was die vorgeschlagene Ausdehnung des Anwendungsbereichs betrifft, wünscht sich eine grosse Zahl von Vernehmlassungsteilnehmenden die Beibehaltung des geltenden Rechts, also die Definition gemäss Artikel 964a Absatz 1 [OR](#), d.h. die kumulative Anwendung der Anwendungskriterien und einen Schwellenwert von 500 Vollzeitstellen.²³ Mit der vorgeschlagenen Neuregelung (Reduktion der Vollzeitstellen auf 250, alternative Anwendbarkeit der Kriterien Vollzeitstellen, Bilanzsumme, Umsatzerlös, d.h. Überschreitung von zwei von drei Kriterien in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren) seien neu auch viele KMU betroffen; ausgenommen seien nur noch «Mikrounternehmen». Laut einigen Vernehmlassungsteilnehmenden²⁴ unterschieden sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schweiz von jenen der EU, weshalb eine «unreflektierte Übernahme» der Schwellenwerte der [CSRD](#) nicht sinnvoll sei.

Laut einigen Vernehmlassungsteilnehmenden v.a. aus dem Umfeld der Banken²⁵ wären Publikums-gesellschaften, Banken und Verwalter von Kollektivvermögen bei der vorgeschlagenen Regelung ungeachtet ihrer Grösse bzw. ohne Überschreitung von Schwellenwerten erfasst, was abgelehnt wird. Sie schlagen vor, Artikel 964a Ziffer 1 VE-OR betreffend die Gesellschaften «des öffentlichen Interesses» (im Sinne von Art. 2 Bst. c Ziff. 1 und Ziff. 2 [RAG](#)) zu streichen oder zumindest anzupassen (Verweis auf Art. 2 Bst. c Ziff. 2 [RAG](#) entfernen). Mit der

¹⁸ Université de Genève Faculté de droit Département de droit commercial; Universität Zürich UZH Rechtswissenschaftliche Fakultät; UNIL Universität de Lausanne Centre de droit privé.

¹⁹ Die Université de Genève Faculté de droit Département de droit commercial hätte sich eine Gesamtvorlage mit Sorgfaltspflichten gewünscht, weil die Berichterstattung schon eine implizite Sorgfaltspflicht enthält.

²⁰ Verein ASUCO.

²¹ Vernehmlassungsgesetz, [VIG](#), SR 172.061

²² Vernehmlassungsverordnung, [VIV](#), SR 172.061.1

²³ SWISS TEXTILES Textilverband Schweiz, Verband des Schweizerischen Früchte, Gemüse- und Kartoffelhandels swisscofel, HotellerieSuisse, SwissHoldings, SWISS GAAP, FER Stiftung für Fachempfehlungen zur Rechnungslegung, KMU-Forum, Handelskammer beider Basel, SWISS RETAIL FEDERATION, metal.suisse, Schweizerischer Stahl- und Haustechnikhandelsverband SSHV, SWISSMEM, fenaco, Advestra AG, Global Compact Network Switzerland & Liechtenstein, Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Association of Foreign Banks ins Switzerland AFBS, Zürcher Kantonalbank (ZKB), Handels- und Industriekammer Freiburg HIKF, Chocosuisse, Biscosuisse, Centre Patronal, Swiss Venture Club SVC, Association de Banques Privées Suisses ABPS, Kellerhals Carrard Bern KIG, Aargauische Industrie- und Handelskammer aHK, Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Bär & Karrer AG, Zürcher Handelskammer, Schweizerischer Fleisch-Fachverband SFF, Schweizerischer Verband der Telekommunikation asut, Kanton AI, Kanton TG, Kanton SZ.

²⁴ Zürcher Handelskammer, Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Zürcher Kantonalbank (ZKB).

²⁵ Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Association of Foreign Banks ins Switzerland AFBS, Zürcher Kantonalbank (ZKB), Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBF), Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute AG, Asset Management Association Switzerland, Swiss Sustainable Finance, Aargauische Industrie- und Handelskammer aHK, SIX Group AG.

Streichung dieser Ziffer 1 in Artikel 964a VE-OR wären die Gesellschaften «des öffentlichen Interesses» immer noch von Ziffer 2 der Norm erfasst, allerdings nur, wenn auch die Schwellenwerte erfüllt wären.

Gemäss der Stellungnahme einer Universität²⁶ müssten im EU-Recht die Schwellenwerte nur in *einem* Jahr überschritten werden, nicht – wie im Vorentwurf vorgesehen – in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren, was die Anerkennung der Gleichwertigkeit des Schweizer Rechts in der EU erschweren könnte. Zwei Vernehmlassungsteilnehmende schlagen vor, bei den Schwellenwerten «Bilanzsumme» und «Umsatzerlös» dieselben Werte vorzusehen, wie bei der ordentlichen Revision (Art. 727 Abs. 1 Ziff. 2 [OR](#)).²⁷ Der Kanton Neuenburg empfiehlt, den Schwellenwert für die Vollzeitstellen auf 300 oder 350 festzusetzen. Nach der Stellungnahme von EXPERTsuisse sollten beim Umsatzschwellenwert die «Dividendenerträge» der Unternehmen abgezogen werden (können), da ansonsten viel mehr Unternehmen unter die Bestimmungen fielen. Der Migros-Genossenschafts-Bund bittet darum, in der Botschaft zu präzisieren, dass bei der Berechnung der 250 Vollzeitstellen lediglich auftragsrechtliche Verhältnisse, die arbeitsrechtlichen Verhältnissen gleichkämen, miteinbezogen würden. Laut dem Schweizerischen Gewerbeverband sgV sollten Lernende (analog Art. 13a [GLG](#)²⁸) nicht mehr unter die Vollzeitstellen fallen.

Für den Kanton Jura müssten hinsichtlich des Anwendungsbereichs nicht nur Schwellenwerte resp. Grössenkriterien massgebend sein, sondern auch die «Natur» der Aktivitäten. Für zwei Vernehmlassungsteilnehmende sollte eine Ausnahme für «Unternehmen» vorgesehen werden, die einen «öffentlichen Versorgungsauftrag» wahrnehmen bzw. «nur im Inland oder im öffentlichen Auftrag tätig» seien, insbesondere Spitäler bzw. Gesundheitseinrichtungen oder Wasserversorger.²⁹ Laut der Suva sollte im Anwendungsbereich präzisiert werden, ob öffentlich-rechtliche Einrichtungen oder privatrechtliche Stiftungen erfasst sind.

Eine Vernehmlassungsteilnehmerin ersucht den Bundesrat angesichts der Erweiterung des Anwendungsbereichs darum, eine Liste der betroffenen Unternehmen zu führen und zu veröffentlichen; dies wäre ein Hilfsmittel für die Verpflichteten bzw. würde die Transparenz erhöhen und die wirksamere Durchsetzung der Berichtspflichten ermöglichen.³⁰

4.1.2 Ausnahmen

Die BKW Energie AG wünscht eine Ausnahme (in einem neuen Art. 964b Abs. 3 VE-OR), in welcher Unternehmen von der Berichterstattungspflicht befreit würden, die «einen Bericht nach den in der europäischen Union verwendeten Standards oder einem anderen gleichwertigen Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung» erstellen.

Laut einigen Bankenvertretern ist im erläuternden Bericht zu klären, ob «auch Gesellschaften des öffentlichen Interesses unter die Ausnahmebestimmung (Art. 964b VE-OR) fallen könnten.»³¹ Der Verband Schweizer Regionalbanken VSRB verlangt eine Ausnahmebestimmung für kleine inlandorientierte Banken. Die Fenaco fordert eine Befreiung von der Berichterstattungspflicht für «nahestehende Personen», die «gemeinsame wirtschaftliche Ziele verfolgen und über gemeinsame Wertschöpfungsketten verfügen.

²⁶ UNIL Université de Lausanne Centre de droit privé.

²⁷ AMNESTY INTERNATIONAL, Universität Zürich UZH Rechtswissenschaftliche Fakultät.

²⁸ Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GIG) vom 24. März 1995, SR 151.1

²⁹ Kanton Glarus, Luzerner Kantonsspital AG LUKS Gruppe, Fachverband für Wasser, Gas und Wärme SVGW.

³⁰ Public Eye.

³¹ Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Zürcher Kantonalbank (ZKB).

Die Vertreter der Wirtschaft begrüßen die Ausnahme für die Berichterstattung auf Gruppen-/Konzernebene (Art. 964b Abs. 1 Ziff. 1 VE-OR), wobei aber der Einbezug eines Unternehmens in einen «vergleichbaren Bericht nach einem [vom Bundesrat] anerkannten Standard» genügen müsse, anstelle des vorgeschlagenen «gleichwertigen» Berichts.³² Die *Asset Management Association Switzerland* plädiert für eine Ausnahmeregelung für Unternehmen, die keinen Nachhaltigkeitsbericht erstellen und hierfür eine «klare und begründete Erklärung der Gründe dafür» abgeben (*Comply or explain*); sie fordert weiter einen Ausschluss für Immobilienfonds, welche bereits einen Nachhaltigkeitsbericht gestützt auf von Branchenorganisationen erlassene Selbstregulierungsnormen (SR 2.0 [Selbstregulierung](#)) erstellt. *Swiss Sustainable Finance* verlangt – in Analogie zum EU-Recht – eine Ausnahme für «Kollektive Kapitalanlagen im Sinne des Kollektivanlagengesetzes vom 23. Juni 2006 (KAG)³³», da es sich beim Anlagefonds um ein «vertragliches Konstrukt» ohne operative Tätigkeit handle, wobei die Vermögensverwaltung des Fonds an den «Asset Manager» delegiert werde, welcher die Berichterstattungspflichten erfülle.

Laut einigen Vernehmlassungsteilnehmenden³⁴ sollten Unternehmen, die keinen Bericht zu erstellen hätten, aber in einen Bericht einbezogen würden, diesen nicht veröffentlichen müssen, da die «einbezogenen» Unternehmen nicht zwingend über eine eigene Webseite verfügen und auch den Jahresabschluss nicht veröffentlichen müssten.

4.1.3 Zeitpunkt und Intervall der Berichterstattung

Die Université de Genève Faculté de droit Département de droit commercial weist auf eine mögliche Änderung der im delegierten Rechtsakt der EU erhöhten Schwellenwerte im Jahr 2028 hin; der Vorentwurf sehe keine (periodische) Überprüfung der Schwellenwerte vor, was in Zukunft zu Unstimmigkeiten führen könnte.

Gemäss einem Vernehmlassungsteilnehmer sollte der Zeitpunkt der Publikation des Berichts von sechs auf 12 Monate erhöht werden, da die sechsmonatige Frist eine Abweichung zum EU-Recht darstelle; wegen des Erfordernisses der Genehmigung durch die Generalversammlung werde die Frist faktisch auf zwei bis drei Monate verkürzt.³⁵ Der Verein ASUCO schlägt eine Anpassung vor, nach welcher die Nachhaltigkeitsberichte nur jedes zweite Jahr erstellt werden müssten. Dadurch könnten Erstellung- und Prüfaufwand halbiert werden, mit vertretbaren Aktualitätseinbussen.

4.2 Berichtsinhalt

4.2.1 Doppelte Materialität und Prinzip der Wesentlichkeit

Die gesetzliche Verankerung des Prinzips der doppelten Materialität³⁶ (Art. 964c Abs. 2 VE-OR) wird von einigen Teilnehmenden abgelehnt.³⁷ In mehreren Eingaben wird verlangt, die Bestimmung von Artikel 964c Absatz 2 VE-OR ausschliesslich auf *wesentliche* Auswirkungen

³² SWISSMEM, Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Economiesuisse, scienceindustries, Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Zürcher Kantonalbank (ZKB).

³³ SR 951.31

³⁴ Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Swiss Sustainable Finance, Migros-Genossenschafts-Bund, Advestra AG, IG Detailhandel Schweiz, Asset Management Association Switzerland.

³⁵ Homburger AG.

³⁶ Unternehmen sollen sowohl die Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt als auch die Auswirkungen der Gesellschaft und der Umwelt auf das Unternehmen bewerten.

³⁷ Swiss Venture Club SVC, Kellerhals Carrard Bern KIG, Schweizerischer Baumeisterverband SBV.

des Unternehmens auf Nachhaltigkeitsaspekte und *wesentliche* Auswirkungen von Nachhaltigkeitsaspekt auf das Unternehmen zu beschränken.³⁸

Nach einem Teil der Vernehmlassungsteilnehmenden ist der verlangte Detaillierungsgrad der Aspekte, über welche berichtet werden muss (Art. 964c Abs. 3 Ziff. 1-10 VE-OR), zu hoch.³⁹ Nach Auffassung von zahlreichen Vernehmlassungsteilnehmenden sollte die Berichterstattung «verhältnismässig» sein bzw. dem Prinzip der «Wesentlichkeit» unterliegen, d.h. der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte sollte (nur) über die für das Unternehmen *wesentlichen* Nachhaltigkeitsaspekte Rechenschaft ablegen müssen.⁴⁰

Für einige Vernehmlassungsteilnehmende ist die Liste mit den Nachhaltigkeitsaspekten generell zu umfangreich und sollte diese gekürzt werden (Art. 964c Abs. 3 Ziff. 1-10 VE-OR).⁴¹ Das Wort «insbesondere» deutet auf eine nicht abschliessende Aufzählung hin, was abgelehnt wird.⁴²

Die Banken- bzw. Versicherungsbranche verlangt die Berücksichtigung des Prinzips der «Wesentlichkeit» und die Streichung der Begriffe «tatsächlichen oder potentiellen» aus Artikel 964c Absatz 3 Ziffer 7 und Ziffer 8 VE-OR.⁴³

4.2.2 Beibehaltung des *Comply or Explain*-Prinzips

Eine grössere Anzahl von Vernehmlassungsteilnehmenden spricht sich dafür aus, das Prinzip *Comply or explain* des geltenden Rechts (Art. 964a Abs. 5 [OR](#)) beizubehalten, d.h. die Unternehmen sollten über einzelne Aspekte nicht berichten müssen, wenn sie dies klar und begründet erläuterten.⁴⁴

4.2.3 Erweiterung des Katalogs der Berichtsaspekte

In zwei Stellungnahmen zur Vernehmlassung wird der Wunsch geäussert, den Katalog betreffend die Punkte, über welche berichtet werden muss (Art. 964c Abs. 3 VE-OR) zu ergänzen mit den in Artikel 29b Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie 2013/34/EU, in der Fassung der [CSRD](#), erwähnten Punkten.⁴⁵

Laut *Transparency International* sollten die Unternehmen (analog Art. 19a Abs. 2 Richtlinie 2013/34/EU, in der Fassung der [CSRD](#)) auch den *Prozess* erwähnen, der zur Ermittlung der

³⁸ Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Economiesuisse, Verband Schweizerischer Kantonalbanken, scienceindustries, SWISSMEM, Schweizerische Volkspartei SVP, Swiss Sustainable Finance, Bär & Karrer AG.

³⁹ Schweizerischer Gewerbeverband sgV, Verband des Schweizerischen Früchte, Gemüse- und Kartoffelhandels swisscofel, Handels- und Industriekammer Freiburg HIKF, Kanton ZG.

⁴⁰ Economiesuisse, Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Swiss Medtech, scienceindustries, Schweizerische Volkspartei SVP, Groupement des Entreprises Multinationales GEM, Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Kellerhals Carrard Bern KIG, Schweizerischer Gewerbeverband sgV, Verband des Schweizerischen Früchte, Gemüse- und Kartoffelhandels swisscofel, Swiss Venture Club SVC, fenaco, SIX Group AG.

⁴¹ Schweizerischer Gewerbeverband sgV, Verband des Schweizerischen Früchte, Gemüse- und Kartoffelhandels swisscofel, Swiss Sustainable Finance.

⁴² Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie (VSLF), Verband der Schweizerischen Schmierstoffindustrie (VSS).

⁴³ Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ), Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute AG, Zürcher Kantonalbank (ZKB).

⁴⁴ Asset Management Association Switzerland, fenaco, Schweizerischer Baumeisterverband SBV, Association de Banques Privées suisses ABPS, metal.suisse, SWISSMEM, SWIPRA Services AG, Groupement des Entreprises Multinationales GEM, SIX Group AG Kanton NW, Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Swiss Venture Club SVC, Association de Banques Privées suisses ABPS, Fédération des Entreprises Romandes (FER), Groupement des Entreprises Multinationales GEM, metal.suisse, Schweizerischer Stahl- und Haustechnikhandelsverband SSHV.

⁴⁵ Kanton AG; Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+) Haus der Akademien.

in die Berichterstattung aufgenommenen Informationen angewendet wurde. Die Intently Sàrl regt an, nicht nur die Risiken, sondern auch die *Chancen* im Bericht behandeln zu müssen.

Drei Vernehmlassungsteilnehmende vermissen in Artikel 964c Absatz 3 Ziffer 3 bzw. Ziffer 5 VE-OR das Erfordernis, auch die *Fachkenntnisse* bzw. das *Fachwissen* der Leitungsorgane beschreiben zu müssen.⁴⁶

4.2.4 Nachhaltigkeitsziele und Bezug zu Biodiversität

Im Zusammenhang mit der Forderung, die zeitgebundenen Nachhaltigkeitsziele zu beschreiben, welche sich das Unternehmen gesetzt hat (Art. 964c Abs. 3 Ziff. 2 VE-OR), seien laut einigen Vernehmlassungsteilnehmenden auch *kurz- und mittelfristige* Ziele zu erfassen, insbesondere solche für die Verringerung der Treibhausgasemissionen, wobei diese anhand eines breit verwendeten wissensbasierten Referenzrahmens festgelegt werden müssten und auch hinsichtlich des Schutzes und der Nutzung der Biodiversität sowie der Wiederherstellung von Ökosystemen gälten; dies in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen von Paris und dem globalen Biodiversitätsrahmenwerk von Kunming-Montreal.⁴⁷ Andere Vernehmlassungsteilnehmer fordern die Streichung des Wortes «zeitgebundenen» (Nachhaltigkeitsziele) aus dem Gesetzestext.⁴⁸

Einige Vernehmlassungsteilnehmende vermissen im Vorentwurf bzw. in Artikel 964c Absatz 1 Ziffer 1 VE-OR einen expliziten Hinweis auf die globalen Biodiversitätsziele (Ergänzung der Norm mit dem Text «[...] in Bezug auf die Anpassung an und den Schutz vor den Auswirkungen und Abhängigkeiten in Bezug auf terrestrische und aquatische Ökosysteme, Arten und die Diversität zwischen und innerhalb von Ökosystemen und Arten.»), weil diese als gleichwertig mit dem Klimaziel zu qualifizieren seien.⁴⁹ Nach einigen Vernehmlassungsteilnehmenden sollte im erläuternden Bericht darauf hingewiesen werden, dass auch die Abhängigkeiten bzw. Wechselwirkungen *zwischen* den verschiedenen Umweltfaktoren zu berücksichtigen seien.⁵⁰

4.2.5 Klimaziele, Umweltfaktoren und Transitionspläne für Unternehmen

Einige Vernehmlassungsteilnehmende aus der «Wirtschaft» sind gegen gesetzliche «Klimaziele» für Unternehmen; sie plädieren dafür, es den Unternehmen zu überlassen, welche Umwelt-/CO₂-Ziele sie sich setzen wollten.⁵¹ Laut dem Vorschlag von SWISSMEM sollten die Unternehmen beim Thema «Klima» nicht über die Zielerreichung berichten müssen, sondern nur über ihren «Beitrag zur Erreichung der Schweizer Klimaziele».

Für zwei Vernehmlassungsteilnehmende sind die «Umweltfaktoren» (in Art. 964c Abs. 1 Ziff. 1 VE-OR) zu ausführlich formuliert, auch im Vergleich zu den anderen Belangen, über welche berichtet werden müsse, weshalb die Streichung der Passage verlangt wird.⁵²

⁴⁶ Bär & Karrer AG, Université de Genève Faculté de droit Département de droit commercial, Universität Zürich UZH Rechtswissenschaftliche Fakultät.

⁴⁷ BirdLife Schweiz, Greenpeace, WWF Schweiz, VCS Verkehrs-Club der Schweiz, PUSCH Praktischer Umweltschutz, Klimaallianz Schweiz.

⁴⁸ Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ), Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute AG, Zürcher Kantonalbank (ZKB).

⁴⁹ WWF Schweiz, Greenpeace, PUSCH Praktischer Umweltschutz, BirdLife Schweiz, VCS Verkehrs-Club der Schweiz, Klimaallianz Schweiz, Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+) Haus der Akademien.

⁵⁰ BirdLife Schweiz, Greenpeace, VCS Verkehrs-Club der Schweiz, PUSCH Praktischer Umweltschutz, Klimaallianz Schweiz.

⁵¹ Der Schweizerische Versicherungsverband SVV und der Schweizerische Baumeisterverband SBV, Economiesuisse, Verband Schweizerischer Kantonalbanken, scienceindustries, SwissHoldings.

⁵² Bär & Karrer AG, Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+) Haus der Akademien.

Zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmende wünschten sich im erläuternden Bericht einen Hinweis darauf, dass die Unternehmen bei der Beschreibung ihres Geschäftsmodells und ihrer Strategie (Art. 964c Abs. 3 Ziff. 1 VE-OR) auf das Instrument der Transitionspläne zurückgreifen sollten.⁵³

4.2.6 Auswirkungen auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Laut Travail.Suisse dürfen die Auswirkungen der Umweltveränderungen und des Klimawandels auf die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz nicht vergessen werden, weshalb die notwendigen Präventions- und Anpassungsmassnahmen, die ergriffen wurden, ebenfalls offengelegt werden müssten.

4.2.7 Kritik an der Definition von Korruption

Die Organisation *Transparency International* kritisiert die zu enge Definition des Korruptionsbegriffs im erläuternden Bericht (Vorteilsgewährung, Bestechung); Korruption sei gemäss eigener, international etablierter Umschreibung «jeglicher Missbrauch einer anvertrauten Machtstellung zu privatem Nutzen». Gemäss ESRS umfasse Korruption auch Praktiken wie Erpressung, Betrug, Schmiergeldzahlungen, geheime Absprachen und Geldwäscherei.

4.2.8 Schutz von Geschäftsgeheimnissen

Einige Vernehmlassungsteilnehmende schlagen vor, in der erwähnten Bestimmung «Berufs-, Geschäfts- oder Fabrikationsgeheimnisse» explizit von der Offenlegungspflicht auszunehmen⁵⁴ bzw. sog. *Carve-out* und *Safe-Harbour*-Regeln vorzusehen, nach denen die Unternehmen die Informationen im Verhältnis zu ihren Fähigkeiten, Möglichkeiten und verfügbaren Ressourcen offenzulegen hätten, unter Ausschluss von sensiblen und als geheim bzw. sensibel eingestuften Informationen.⁵⁵

4.2.9 Anpassungen zur Sorgfaltsprüfung und Nutzen von ISO-Normen

Gewisse Vernehmlassungsteilnehmende verlangen die Streichung von Artikel 964c Absatz 3 Ziffer 6 (Beschreibung der in Bezug auf die Nachhaltigkeitsaspekte angewandte Sorgfaltsprüfung).⁵⁶ Andere wünschen die Aufnahme eines (einschränkenden) Zusatzes («[...] angewandten Sorgfaltsprüfung, sofern einschlägig.»)⁵⁷ bzw. die Ergänzung der Bestimmung mit dem Wort «risikobasiert[en]».⁵⁸

Die Schweizerische Normen-Vereinigung SNV führt in ihrer Stellungnahme einen (nicht abschliessenden) Katalog mit ISO-Normen⁵⁹ auf, welcher den betroffenen Unternehmen bei der Berichterstattung von Nutzen sein könnte.

⁵³ WWF Schweiz, Klimaallianz Schweiz, BirdLife Schweiz, Greenpeace, VCS Verkehrs-Club der Schweiz, PUSCH Praktischer Umweltschutz.

⁵⁴ Asset Management Association Switzerland.

⁵⁵ Economiesuisse, Verband Schweizerischer Kantonalbanken, HotellerieSuisse, bauenschweiz, metal.suisse, scienceindustries, Kellerhals Carrard Bern KIG, Bär & Karrer AG, Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève CciG, Fédération des Entreprises Romandes (FER), Groupement des Entreprises Multinationales GEM, metal.suisse, Schweizerischer Stahl- und Haustechnikhandelsverband SSHV, SWISSMEM.

⁵⁶ Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, SWISSMEM, Zürcher Kantonalbank (ZKB).

⁵⁷ Schweizerischer Versicherungsverband SVV, economiesuisse, Verband Schweizerischer Kantonalbanken, scienceindustries, Schweizerische Volkspartei SVP.

⁵⁸ Coop Genossenschaft.

⁵⁹ EN ISO 14001 (Umweltmanagementsysteme), EN ISO 14064-1 (Treibhausgase – Teil 1: Spezifikation mit Anleitung zur quantitativen Bestimmung und Berichterstattung von Treibhausgasemissionen und Entzug von Treibhausgasen auf Organisationsebene), EN ISO 14067 (Treibhaus-

4.2.10 Beschreibung negativer und positiver Auswirkungen

Laut einigen Vernehmlassungsteilnehmenden sollten die negativen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit (Art. 964c Abs. 3 Ziff. 7 VE-OR) nicht nur auf der Unternehmensebene, sondern auch auf den Geschäftsbereichsebenen beschrieben werden, was im erläuternden Bericht zu präzisieren sei.⁶⁰ Nach Auffassung von EXPERTsuisse sollten die Unternehmen nicht nur die negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte beschreiben müssen, sondern auch die positiven.

Laut dem Migros-Genossenschaftsbund muss in Artikel 964c Absatz 3 Ziffer 7 der Begriff «Wertschöpfungskette» durch den Ausdruck «Aktivitätskette» ersetzt werden, da ersterer weiter gehe als das EU-Recht. Nach Auffassung der Coop Genossenschaft sollte die Norm mit einen Hinweis ergänzt werden, wonach ein «risikobasierter Ansatz» gilt.

Die Bär & Karrer AG schlägt vor, in Artikel 964c Absatz 3 Ziffer 7 von den «wichtigsten» (nicht «wesentlichen») Auswirkungen zu sprechen. In Artikel 964c Absatz 3 Ziffer 8 sollten (nur) die «wichtigsten» Massnahmen der Unternehmen zur Minderung negativer Auswirkungen beschrieben werden müssen.⁶¹

4.3 Bestimmung der Berichterstattungsstandards

Wie bereits erwähnt (oben, Ziff. 3), verlangen zahlreiche Angehörige der «Koalition für Konzernverantwortung»/Gleichgesinnte die zwingende Einhaltung des von der Europäischen Union verwendeten Standards (*European Sustainability Reporting Standards ESRS*)⁶²; der Bundesrat soll keine weiteren, gleichwertigen Standards bestimmen dürfen (Art. 964c Abs. 5 VE-OR).⁶³ Die ESRS seien weltweit führend, nur diese würden die Einheitlichkeit bzw. Vergleichbarkeit gewährleisten. Die Zulassung weiterer Standards führte zu Mehraufwand und -kosten bei den Unternehmen.

gase – Carbon Footprint von Produkten – Anforderungen an und Leitlinien für Quantifizierung), EN ISO 14083 (Treibhausgase – Quantifizierung und Berichterstattung über Treibhausgasemissionen von Transportvorgängen), ISO 14068-1 (Klimawandelmanagement – Übergang zu Netto-Null -Teil 1: Kohlenstoffneutralität), EN ISO 45001 (Managementsysteme für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit – Anforderungen mit Anleitung zur Anwendung), ISO 30415 (Personalmanagement – Diversity und Inclusion), EN ISO 26000 (Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung), ISO 37001 (Anti-Korruptions-Managementsysteme), ISO 37301 (Compliance-Managementsysteme – Anforderungen mit Leitlinien zur Anwendung), EN ISO 9001 (Qualitätsmanagementsysteme – Anforderungen).

⁶⁰ BirdLife Schweiz, Greenpeace, WWF Schweiz, VCS Verkehrs-Club der Schweiz, Klimaallianz Schweiz.

⁶¹ Schweizerischer Versicherungsverband SVV, economiesuisse, Association of Foreign Banks ins Switzerland AFBS, SWISSMEM, Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ), Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute AG.

⁶² [Sustainability reporting | EFRAG](#).

⁶³ Brücke Le Pont, Gesellschaft für bedrohte Völker, femmes protestantes, Fondation « Caux Initiatives et Changement», WWF Schweiz, terre des hommes schweiz, VCS Verkehrs-Club der Schweiz, PUSCH Praktischer Umweltschutz, Actares, Hilfswerk der evangelisch-reformierten Kirche Schweiz HEKS, Koalition für Konzernverantwortung, StopArmut / Interaction, alliancesud, Public EYE, Demokratische Jurist*innen Schweiz DJS, Christ:innen für Klimaschutz; SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund, Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein, Fédération romande des consommateurs FRC, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Klimaallianz Schweiz, syna le syndicat, ESU-services GmbH, Elisabeth Stucki, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP, Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP, Grüne Schweiz, BirdLife Schweiz, Greenpeace, International Corporate Governance Network ICGN.

Ein erheblicher Teil der Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst es, wenn andere Standards als die ESRS⁶⁴ zugelassen würden,⁶⁵ z.B. *Global Reporting Initiative Standard (GRI)*⁶⁶, die Standards des *International Sustainability Standards Board (ISSB)*.⁶⁷

4.4 Prüfung

4.4.1 Prüfungspflicht

Angehörige der «Koalition für Konzernverantwortung»/Gleichgesinnte⁶⁸ befürworten die Einführung einer Prüfpflicht. Einige von ihnen verlangen die zwingende Prüfung der materiellen Richtigkeit und Vollständigkeit der Berichte.⁶⁹ Andere Vernehmlassungsteilnehmende sind im Grundsatz ebenfalls für die Prüfpflicht, verlangen aber Anpassungen (z.B. Ausschluss von KMU/freiwilliger Verzicht [sog. *opting-out*] für KMU, Prüfung nur für Unternehmen des öffentlichen Interesses, die Zulassung eines breiteren Kreises Prüfberechtigten, eine gestaffelte, progressive Erhöhung der Prüftiefe mit Übergangsfristen, eine ausschliesslich beschränkte Prüftiefe [*limited assurance*], Prüfung nach dem Wesentlichkeitsprinzip etc.).⁷⁰

Eine erhebliche Anzahl von Teilnehmenden lehnt die Prüfungspflicht gänzlich ab bzw. beantragt, darauf zu verzichten (unverhältnismässig hohe Regulierungskosten/geringer zusätzlicher Nutzen, Alimentierung der Revisions-/Beratungsbranche, Überregulierung für neu betroffene Unternehmen etc.).⁷¹ Die *Asset Management Association Switzerland* verlangt eine Ausnahme von der Prüfpflicht für den nach Artikel 964b Absatz 1 Ziffer 1 Buchstabe b VE-OR erstellten «vergleichbare[n] Bericht».

Terminologisch sollte gemäss dem *Swiss Venture Club SVC* nicht von «Nachhaltigkeitsprüfung» gesprochen werden, sondern von «Prüfung im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung».

⁶⁴ [Sustainability reporting | EFRAG](#).

⁶⁵ Economiesuisse, SwissHoldings, Biscosuisse, Chocosuisse, Swiss Venture Club SVC, Kellerhals Carrard Bern KIG, Handelskammer beider Basel, Ethos, Asset Management Association Switzerland, Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Association of Foreign Banks ins Switzerland AFBS, Zürcher Kantonalbank (ZKB), Verein ASUCO, Swiss Medtech, SWISS TEXTILES Textilverband Schweiz, Global Compact Network Switzerland & Liechtenstein, Fédération des Entreprises Romandes (FER), HotellerieSuisse, SwissHoldings, scienceindustries, Groupement des Entreprises Multinationales GEM, Association de Banques Privées suisses ABPS, SWISSMEM, Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ), Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute AG, SWISS GAAP FER Stiftung für Fachempfehlungen zur Rechnungslegung, KMU-Forum, Swiss Sustainable Finance, Migros Genossenschafts-Bund, Intently Sàrl, SWIPRA Services AG, Université de Genève Faculté de droit Département de droit commercial, Bär und Karrer AG, UNIL Université de Lausanne Centre de droit privé, Advestra AG,

⁶⁶ [GRI - Standards](#).

⁶⁷ [IFRS - Home](#).

⁶⁸ Brücke Le Pont, Gesellschaft für bedrohte Völker, femmes protestantes, terre des hommes schweiz, Actares, Koalition für Konzernverantwortung, StopArmut/ Interaction, Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein, Fédération romande des consommateurs FRC, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, syna le syndicat, ESU-services GmbH, Elisabeth Stucki, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP, Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP, Grüne Schweiz, Fondation « Caux Initiatives et Changement », BirdLife Schweiz, WWF Schweiz, Greenpeace, VCS Verkehrs-Club der Schweiz, AMNESTY INTERNATIONAL, PUSCH Praktischer Umweltschutz, Hilfswerk der evangelisch-reformierten Kirche Schweiz HEKS, Koalition für Konzernverantwortung, alliancesud, Public Eye, Demokratische Jurist*innen Schweiz DJS, Christ:innen für Klimaschutz, SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund, Klimaallianz Schweiz, ESU-services GmbH, Transparency International Schweiz, Travail.Suisse, Die feministische Friedensorganisation FRIEDA.

⁶⁹ Die feministische Friedensorganisation FRIEDA, Public Eye, syna – le syndicat.

⁷⁰ EXPERTsuisse, Bär & Karrer AG, Advestra AG, HotellerieSuisse, Ethos, Handels- und Industriekammer Freiburg HIKF, SwissAccounting, Swiss Venture Club SVC, SwissHoldings, scienceindustries, Kellerhals Carrard Bern KIG, Fédération des Entreprises Romandes (FER), Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ), Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute AG, Zürcher Kantonalbank (ZKB), Ethos, Suisssenégoce, Economiesuisse, Association of Foreign Banks ins Switzerland AFBS, Schweizerische Volkspartei SVP, KMU-Forum, SWISSMEM, SWISS CLEANTECH.

⁷¹ SwissHoldings, scienceindustries, Energie Wasser Bern ewb, Luzerner Kantonsspital AG LUKS Gruppe, metal.suisse, GastroSuisse, SWISS GAAP FER Stiftung für Fachempfehlungen zur Rechnungslegung, SWISS RETAIL FEDERATION, metal.suisse, SWIPRA Services AG, Chocosuisse, Biscosuisse, Schweizer Fleisch-Fachverband SFF.

4.4.2 Kreis der Prüfberechtigten und Zulassung zur Prüfung durch RAB

Einige Teilnehmende⁷² ersuchen darum, die Bestimmungen von Artikel 964c^{bis} Absatz 4 VE-OR betreffend die Unabhängigkeit des Prüfers zu streichen, weil die Forderung, die Unabhängigkeit auch gegenüber Unternehmen sicherzustellen, die in der Lieferkette zur Berichterstattung beitragen, zu weit gehe, «realitätsfremd», unpraktikabel und kaum umsetzbar sei, zumal wohl nicht genügend unabhängige Prüfunternehmen existierten.

Drei Vernehmlassungsteilnehmende⁷³ verlangen die Streichung von Artikel 6b VE-RAG; die Zulassung von Konformitätsbewertungsstellen KBS sei gemäss den Akkreditierungsvorschriften zu regeln, wobei als Grundlage für die Akkreditierung ISO/IEC 17029 diene. Einige Vernehmlassungsteilnehmende kritisieren die Anforderungen an die Konformitätsbewertungsstellen KBS; wegen diesen würden die KBS *de facto* zu «Revisionsstellen» unter Aufsicht der Revisionsaufsichtsbehörde (RAB).⁷⁴ Laut EXPERTsuisse ist Ausweitung der Prüfberechtigten auf weitere Berufsgruppen, namentlich die Konformitätsbewertungsstellen KBS, nur dann gerechtfertigt, wenn deren Dienstleistung gleichen Prüfungsstandards, Unabhängigkeitsvorschriften (Einhaltung des IESBA *Code of Ethics*) und gleichen Qualitätssicherungssystemen (ISQC 1/ISQM 1 und 2) unterliege. Das geforderte Fachwissen und die Praxiserfahrung für leitende Prüferinnen und Prüfer von Konformitätsbewertungsstelle KBS ist laut EXPERTsuisse von den *Stakeholdern* gemeinsam mit der Revisionsaufsichtsbehörde RAB zu definieren und könnte ggf. in einem Rundschreiben festgehalten werden. Weiter verlangt EXPERTsuisse, die KBS sollten den gleichen Anforderungen hinsichtlich «Führungsstruktur» (s. Art. 6 Abs. 1 [RAG](#)) unterstellt sein wie die Revisionsunternehmen.

4.4.3 Umfang der Prüfung

Ein weiterer Diskussionspunkt betrifft den Umfang der Prüfung. Einige Vernehmlassungsteilnehmende verlangen die Streichung der Bestimmung von Artikel 728a Absatz 1 Ziffer 5 VE-OR über die Prüfung, ob zwischen der Jahres- und gegebenenfalls Konzernrechnung und dem Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte Unstimmigkeiten bestehen.⁷⁵ Diese «Unstimmigkeitsprüfung» widerspreche der Delegationsnorm an den Bundesrat, nach welcher dieser die Prüftiefe zu regeln habe (Art. 964c^{bis} Abs. 2 VE-OR); die Norm schränke zudem die Wahlfreiheit der Unternehmen hinsichtlich des Prüfunternehmens ein, da es nahezu unmöglich werde, eine andere Revisionsgesellschaft für die Prüfung der Nachhaltigkeitsberichte zu wählen als für die Finanzberichterstattung. Schliesslich wird der Nutzen der Regelung bestritten, die einen «Swiss Finish» darstelle und nicht international abgestimmt sei. Laut drei Teilnehmenden wäre es besser, wenn der Inhalt von Artikel 728a Absatz 1 Ziffer 5 VE-OR in die Bestimmung von Artikel 964c^{bis} Absatz 2 VE-OR verschoben würde. Gemäss dem Verein XBRL Schweiz sollte die prüfende Organisation den Nachhaltigkeitsbericht und die Jahres-/Konzernrechnung nicht nur auf Unstimmigkeiten prüfen müssen, sondern auch darauf, ob die elektronischen Markierungen (*tagging*) des maschinenlesbaren Berichtes konform mit dem gewählten Standard und der dazugehörigen XBRL Taxonomie sind; dies entspreche dem Standard der EU-Richtlinie. Laut EXPERTsuisse scheint es inkonsistent, im Bereich des Abgleichs der Berichterstattungen eine «Prüfung» zu fordern, da Missverständnisse über die

⁷² Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Zürcher Kantonalbank (ZKB), Schweizerischer Baumeisterverband SBV, economiesuisse, Association of Foreign Banks ins Switzerland AFBS, Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ), Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute AG.

⁷³ Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS), KUNSTSTOFF.swiss, ProCert AG

⁷⁴ Schweizerischer Gewerbeverband sgV, Verband des Schweizerischen Früchte, Gemüse- und Kartoffelhandels swisscofel, ProCert AG, Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS).

⁷⁵ SWISSMEM, Schweizerische Volkspartei SVP, SwissHoldings, scienceindustries, Schweizerischer Versicherungsverband SVV, economiesuisse, Verband Schweizerischer Kantonalbanken.

Prüftiefe aufkommen könnten sowie der Terminus «Unstimmigkeiten» unspezifisch und möglicherweise interpretationsbedürftig sei. Es helfe nicht, wenn im Erläuterungsbericht stehe, es handle sich dabei um keine «materielle Prüfung». EXPERTsuisse fordert daher eine sinngemässe Anpassung der gesetzlichen Bestimmung an die bestehenden Vorgaben des Prüfungsstandards ISA-CH 720. Zudem sei laut EXPERTsuisse zu klären, welche Verantwortung dem Prüfer der Nachhaltigkeitsberichterstattung im Zusammenhang mit der Würdigung der finanziellen Informationen im Jahresabschluss zukomme.

4.5 Format, Veröffentlichung, Genehmigung, Führung und Aufbewahrung des Berichts

4.5.1 Format

In Bezug auf das verlangte «einheitliche, elektronische Format» (Art. 964c^{ter} Abs. 1 VE-OR) verlangen einige Vernehmlassungsteilnehmende eine Norm, die den Bundesrat ermächtigt, die zulässigen Standards für das Format festzulegen.⁷⁶ Andere wünschen die gänzliche Streichung dieser Bestimmung oder zumindest die Einräumung einer Übergangsfrist, da die wenigsten der neu betroffenen Unternehmen einen Geschäftsbericht in dem Format erstellen, das die EU verlange, weshalb die Kosten für die Umstellung hoch sein werden.⁷⁷ Weitere Teilnehmende fordern eine Spezifizierung aus Gründen der Rechtssicherheit, wobei sie eine Regelung analog Artikel 4 der Verordnung über die Klimaberichterstattung über Klimabelange⁷⁸ vorschlagen (Veröffentlichung nach mindestens je einem für Mensch und einem für Maschinen lesbaren Format).⁷⁹

Der Verein XBRL Schweiz und *SwissAccounting* kritisieren die in Artikel 964c^{ter} Absatz 1 gewählte Formulierung mit den unbestimmten Rechtsbegriffen («in einem einheitlichen elektronischen Format») als «unglücklich», da unnötig mehrdeutig, weshalb sie präzisiert werden müsste. Es sei gerade *nicht* irgendein auslegungsbedürftiges «einheitliches elektronisches Format» gemeint, sondern *das European Single Electronic Format (ESEF)*⁸⁰ der *European Securities and Markets Authority (ESMA)*⁸¹ gemäss delegierter Verordnung 2018/815/EU.⁸²

4.5.2 Genehmigung

Zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmende lehnen die vorgeschlagene verbindliche/bindende Genehmigung des Berichts über Nachhaltigkeitsaspekte durch die Generalversammlung ab (Art. 964c^{ter} Abs. 2 VE-OR);⁸³ die Beschlussfassung dürfe höchstens *konsultativ* sein, da an-

⁷⁶ EXPERTsuisse, Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Zürcher Kantonalbank (ZKB), Swiss Sustainable Finance, Migros Genossenschafts-Bund.

⁷⁷ Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ), Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute AG, Schweizerischer Baumeisterverband SBV, Asset Management Association Switzerland.

⁷⁸ SR [221.434](#)

⁷⁹ SwissHoldings, scienceindustries.

⁸⁰ [Electronic Reporting](#).

⁸¹ [European Securities and Markets Authority](#).

⁸² [Delegierte Verordnung \(EU\) 2018/815 der Kommission vom 17. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Spezifikation eines einheitlichen elektronischen Berichtsformats](#).

⁸³ Swiss Venture Club SVC, Kellerhals Carrard Bern KIG, Chocosuisse, Biscosuisse, Fédération des Entreprises Romandes (FER), Groupement des Entreprises Multinationales GEM, SwissHoldings, scienceindustries, SWIPRA Services AG, Asset Management Association Switzerland, economiesuisse, Association of Foreign Banks ins Switzerland AFBS, KMU-Forum, Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Global Compact Network Switzerland & Liechtenstein, SWISSMEM, IG Detailhandel, Schweizerischer Baumeisterverband SBV, Migros-Genossenschafts-Bund.

sonsten in die geltende Kompetenzordnung im Aktienrecht zwischen der Generalversammlung (Art. 698 [OR](#)) und dem Verwaltungsrat (Art. 716a [OR](#)) eingegriffen würde; zudem läge eine «unzulässige» Abweichung (*Swiss Finish*) vom EU-Recht vor.

Ethos befürwortet hingegen explizit die bindende Beschlussfassung über den Nachhaltigkeitsbericht durch die Generalversammlung. Die Organisation empfiehlt hierfür eine eigenständige, von der Jahresrechnung getrennte Abstimmung, um unerwünschten Folgen einer Ablehnung vorzubeugen (beschliesse die Generalversammlung gleichzeitig über die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Jahresrechnung könnte das Aktionariat evtl. nur zurückhaltend eine Ablehnung des Nachhaltigkeitsberichts in Betracht ziehen, weil damit gleichzeitig ungewollt z.B. die Dividendenausschüttung mitabgelehnt würde). Die Ablehnung sollte laut Ethos im abgelehnten Bericht erwähnt werden und es sollte eine Konsultation bei den wichtigsten Aktionären durchgeführt werden müssen. Die Ergebnisse dieser Konsultation wären sodann im Bericht des Folgejahres zu veröffentlichen.

4.5.3 Veröffentlichung

Was die elektronische Veröffentlichung des Berichts über Nachhaltigkeitsaspekte und des Prüfberichts betrifft (Art. 964^cter Abs. 3 Ziff. 1 und Ziff. 2 VE-OR), schlägt der Verein XBRL Schweiz vor, den Bundesrat zur ermächtigen, im Falle einer Einigung mit der EU über den Zugang von Schweizer Unternehmen zum Zentralen Europäischen Zugangsportal (*European Single Access Points ESAP*) gemäss Verordnung (EU) 2023/2859 vom 13. Dezember 2023⁸⁴ diese zu verpflichten oder mindestens zu befähigen, ihre Berichte an diese Stelle abzuliefern, die voraussichtlich ihren Betrieb ab 2027 aufnehmen wird.

Die Angehörigen der Koalition für Konzernverantwortung/Gleichgesinnte ersuchen um Präzisierung im erläuternden Bericht, wie die Berichte künftig einfacher zugänglich und auswertbar gemacht werden könnten; alternativ bitten sie um Klärung der Frage, ob und unter welchen Umständen eine Anbindung der Schweiz an den ESAP möglich wäre.

Laut der Bär & Karrer AG ist Verpflichtung, den Bericht erst nach der Genehmigung der Jahresrechnung elektronisch zu veröffentlichen, für börsenkotierte Gesellschaften «nicht praxistauglich», da diese den Bericht mindestens 20 Tage vor der Generalversammlung veröffentlichen müssten (Art. 699a Abs. 1 [OR](#)). Gemäss Stellungnahme der Homburger AG sollte der Zeitpunkt der Publikation des Berichts von sechs Monaten auf 12 Monate erhöht werden, da die sechsmonatige Frist eine Abweichung zum EU-Recht darstellt; wegen des Erfordernisses der Genehmigung durch die Generalversammlung werde die Frist zudem faktisch auf zwei bis drei Monate verkürzt.

Zwei Vernehmlassungsteilnehmende plädieren dafür, keine allgemeine Veröffentlichungspflicht vorzusehen (Ausnahmen für nicht kotierte Unternehmen).⁸⁵ Laut SWISS TEXTILES fehlt eine Regelung zur Unterstützungspflicht für KMU, d.h. es sollte kodifiziert werden, dass der Bundesrat sich an den Kosten von Plattformen, die Informationen und Hilfestellungen zur Umsetzung der Berichtspflichten beteiligen könne.

Für *SwissHoldings* und *scienceindustries* ist nicht nachvollziehbar, warum der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte mindestens zehn Jahre öffentlich zugänglich sein muss (Art. 964^cter

⁸⁴ [Verordnung \(EU\) 2023/2859 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2023 zur Einrichtung eines zentralen europäischen Zugangsportals für den zentralisierten Zugriff auf öffentlich verfügbare, für Finanzdienstleistungen, Kapitalmärkte und Nachhaltigkeit relevante Informationen](#)

⁸⁵ KMU-Forum, Kellerhals Carrard Bern KIG.

Abs. 3 Ziff. 2 VE-OR), während die gesetzlich vorgeschriebene Dauer für die Veröffentlichung des Geschäftsberichts lediglich fünf Jahre betrage.

4.6 Übergangsbestimmungen (Anpassungsfrist); Unterstützungspflicht

Ein Teil der Vernehmlassungsteilnehmenden qualifiziert die Übergangs- bzw. Anpassungsfrist von zwei Jahren (gemäss VE-OR) als «absolutes Minimum»⁸⁶ bzw. spricht sich für eine Verlängerung der Übergangs- bzw. Anpassungsfrist für die Unternehmen auf mindestens drei bis fünf Jahre aus, weil viele Unternehmen neu von den Pflichten erfasst würden und die Kapazitäten für die Prüfung erst aufgebaut werden müssten.⁸⁷

Einige Teilnehmende schlagen auch eine Koordination der Inkraftsetzung mit der EU-Richtlinie vor, welche eine gestaffelte Inkraftsetzung vorsieht⁸⁸, oder längere Übergangsfristen für KMU bzw. Unternehmen mit mehr als 500 Vollzeitstellen.⁸⁹

4.7 Sanktionen; Strafbestimmung (Bussenregelung)

Einige Vernehmlassungsteilnehmende lehnen die Bussenbestimmung dezidiert ab («Kriminalisierung von Unternehmen», fehlende Verhältnismässigkeit, Strafrecht als *Ultima Ratio* etc.).⁹⁰ Kritisiert werden insbesondere deren maximale Höhe von CHF 100'000.00⁹¹ und die (schon im geltenden Recht vorgesehene) Möglichkeit, auch für eine *fahrlässige* (nicht nur vorsätzliche) Verletzung der Berichtspflichten bestraft werden zu können⁹². Abgelehnt wird ferner eine Bestrafungsmöglichkeit für «zukunftsgerichtete Aussagen»; falls überhaupt, dürfe eine Bestrafung nur «vergangenheitsbezogene» (falsche) Angaben betreffen.⁹³ Laut der Advestra AG sollte eine Strafe nur in Frage kommen, wenn die Berichterstattung «als Ganzes» unterlassen wird.

Transparency International und *Public Eye* erachten den Maximalbetrag für die Busse (CHF 100'000.00) als zu tief, das EU-Recht verlange Sanktionen, die «wirksam, verhältnismässig und abschreckend» seien, weshalb der Bussenrahmen zu erhöhen sei bzw. umsatzabhängig ausgestaltet werden müsse.

Gemäss der Homburger AG erfolgt die Sanktionierung gemäss EU-Richtlinie über die externen Prüfer.

5 Einsichtnahme

Gemäss Artikel 9 [VLG](#) sind die Vernehmlassungsunterlagen, nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmer und nach Kenntnisnahme durch den Bundesrat der Ergebnisbericht öffentlich zugänglich. Diese Dokumente sind in

⁸⁶ Schweizerischer Versicherungsverband SVV, *economiesuisse*, Swiss Holdings.

⁸⁷ Schweizerische Bankiervereinigung Swiss Banking (SBVg), Verband Schweizerischer Kantonalbanken, Association of Foreign Banks ins Switzerland AFBS, Zürcher Kantonalbank (ZKB), Schweizerischer Versicherungsverband SVV, *Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève CciG*, Schweizerischer Gewerbeverband *sgv*, Verband des Schweizerischen Früchte, Gemüse- und Kartoffelhandels *swisscofel*, Schweizerischer Baumeisterverband SBV, AEROSUISSE, SWIPRA Services AG, Handels- und Industriekammer Freiburg HIKF.

⁸⁸ Asset Management Association Switzerland. PepsiCo.

⁸⁹ Ethos, Fédération des Entreprises Romandes (FER).

⁹⁰ *Economiesuisse*, SwissHoldings, *scienceindustries*, Swiss Venture Club, Kellerhals Carrard Bern KIG, Migros-Genossenschafts-Bund, IG Detailhandel Schweiz, Schweizerischer Baumeisterverband SBV, Schweizer Fleisch-Fachverband SFF, Homburger AG, Bär & Karrer AG, Advestra AG, Schweizerische Volkspartei SVP.

⁹¹ Schweizerischer Gewerbeverband *sgv*, Verband des Schweizerischen Früchte, Gemüse- und Kartoffelhandels *swisscofel*, Schweizer Fleisch-Fachverband SFF.

⁹² *Economiesuisse*, SwissHoldings, *scienceindustries*, Swiss Venture Club, Kellerhals Carrard Bern KIG, Schweizerische Volkspartei SVP, Migros-Genossenschafts-Bund, IG Detailhandel Schweiz, Schweizerischer Baumeisterverband SBV, Schweizer Fleisch-Fachverband SFF.

⁹³ Swiss Venture Club, Kellerhals Carrard Bern KIG, Schweizerische Volkspartei SVP.

elektronischer Form auf der Publikationsplattform des Bundesrechts zugänglich.⁹⁴ Ebenfalls auf der erwähnten Seite können die vollständigen Stellungnahmen eingesehen werden (Art. 16 [VIV](#)).

⁹⁴ [Abgeschlossene Vernehmlassungen - 2024 | Fedlex](#).

Verzeichnis der Eingaben
Liste des organismes ayant répondu
Elenco dei partecipanti

Kantone / Cantons / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.-Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

Parteien / Partis politiques / Partiti politici

Die Mitte	Die Mitte Le Centre Alleanza del Centro
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV

FDP	FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali Radicali PLD. Ils Liberals
GPS	Grüne Partei der Schweiz GPS Parti écologiste suisse PES Partito ecologista svizzero PES
glp	Grünliberale Partei Schweiz glp Parti vert'libéral suisse pvl Partito verde liberale svizzero pvl
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP Parti socialiste suisse PS Partito socialista svizzero PS
SVP	Schweizerische Volkspartei SVP Union démocratique du centre UDC Unione democratica di centro UDC

Interessierte Organisationen / Organisations intéressées / Organizzazioni interessate

AIHK	Aargauische Industrie- und Handelskammer
Actares	AktionärInnen für nachhaltiges Wirtschaften Actionnariat pour une économie durable
AEROSUISSE	Dachverband der schweizerischen Luft- und Raumfahrt Fédération faïtière de l'aéronautique et de l'aérospatiale suisses Associazione mantello dell'aeronautica e dello spazio svizzeri Umbrella Organisation of Swiss Aerospacef
AFBS	Association of Foreign Banks in Switzerland Verband der Auslandbanken in der Schweiz Association des banques étrangères en Suisse Associazione delle banche estere in Svizzera
Alliance Sud	Alliance Sud
Amnesty	Amnesty International
ASA / SVV	Schweizerischer Versicherungsverband Association Suisse d'Assurances Associazione Svizzera d'Assicurazioni
ASUCO	Verein ASUCO (Association for Sustainable Companies, Verein für nachhaltige Unternehmen, Association pour des entreprises durables, Associazione per le aziende sostenibili)
AMAS	Asset Management Association Switzerland
asut	Schweizerischer Verband der Telekommunikation Association Suisse des Télécommunications Swiss Telecommunications Association
ABPS	Association de Banques Privées Suisses Vereinigung Schweizerischer Privatbanken Association of Swiss Private Banks
B Lab Schweiz	B Lab Schweiz, Stiftung für Gemeinnützigkeit

Bauenschweiz	Dachverband der Schweizer Bauwirtschaft Association faïtière nationale de la construction Associazione mantello della costruzione
BirdLife Schweiz	BirdLife Schweiz/Suisse/Svizzera
BISCOSUISSE	BISCOSUISSE
Brücke Le Pont	Verein Brücke - Le pont
Caritas	Caritas Schweiz Suisse Svizzera Svizra
Caux	Fondation Caux Initiatives et Changement Stiftung Caux Initiativen der Veränderung
CCIF / HIKF	Chambre de commerce et d'industrie du canton de Fribourg (CCIF) Handels- und Industriekammer des Kantons Freiburg (HIKF)
CCIG	Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève
Christ:innen für Klimaschutz	Christ:innen für Klimaschutz c/o oeku Kirche für die Umwelt
CHOCOSUISSE	Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten Fédération des fabricants suisses de chocolat Federazione dei fabbricanti svizzeri di cioccolato
CP	Centre Patronal, Paudex Centre Patronal Deutschschweiz, Bern
DJS	Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz DJS Juristes démocratiques de Suisse JDS Giuristi e Giuriste Democratici Svizzeri GDS Giuristas e Giurists Democratics Svizzers GDS
economiesuisse	Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere
Ethos	Ethos Stiftung
femmesprotestantes	Femmes protestantes
FER	Fédération des Entreprises Romandes
FRC	Fédération romande des consommateurs
FRIEDA	Frieda - die feministische Friedensorganisation
GastroSuisse	GastroSuisse für Hotellerie und Restauration Pour l'Hôtellerie et la Restauration Per l'Albergheria e la Ristorazione
GEM	Groupement des Entreprises Multinationales
GREENPEACE	Greenpeace Schweiz
H+:	H+: Schweizer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen H+: Hôpitaux, cliniques et institutions de soins suisses H+: Gli Ospedali, le cliniche e gli istituti di cura svizzeri

HANDELSchweiz	Handel Schweiz Commerce Suisse Commercio Svizzera Swiss Trade
HEKS	Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz HEKS Entraide Protestante Suisse EPER
HKBB	Handelskammer beider Basel
HotellerieSuisse	Schweizer Hotelier-Verein (SHV) Société Suisse des hôteliers (SSH) Società Svizzera degli Albergatori (SSA) Uniun dals hoteliers svizzers (UHS) Swiss Hotel Association (SHA)
ICGN	IGGN International Corporate Governance Network, London UK
IG Detailhandel Schweiz	Geschäftsstelle IG Detailhandel Schweiz
KFK	Koalition für Konzernverantwortung
Klima-Allianz Schweiz	Klima-Allianz Schweiz c/o Impact Hub Geneva-Lausanne SA
KUNSTSTOFF.swiss	KUNSTSTOFF.swiss
metal.suisse	metal.suisse ZUKUNFT BAUEN CONSTRUIRE L'AVENIR COSTRUIRE IL FUTURO
NKNF / RCDD	Verein Netzwerk der kantonalen Nachhaltigkeitsfachstellen Nachhaltigkeit NKNF Association Le Réseau cantonal du développement durable RCDD
PCAF	PCAF Partnership for Carbon Accounting Financials
PME	Forum PME KMU-Forum Forum PMI
PRI	Principles for Responsible Investment (PRI) Association, London UK
Public Eye	Public Eye
PUSCH	PUSCH Praktischer Umweltschutz PUSCH L'environnement en pratique
Réseau des Expert.e.s Engagé.e.s	Réseau des Expert.e.s Engagé.e.s
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna Gruppa svizra per las regions da muntogna
SBV	Schweizerischer Baumeisterverband (SBV) Société Suisse des Entrepreneurs (SSE) Società Svizzera degli Impresari-Costruttori (SSIC) Societad Svizra dals Impresararis-Constructurs (SSIC)

scienceindustries	scienceindustries Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences
SNV	Schweizerische Normen-Vereinigung (SNV) Association Suisse de Normalisation (SNV) Swiss Association for Standardization (SNV)
SFF	Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF) Union Professionnelle Suisse de la Viande (UPSV) Unione Professionale Svizzera della Carne (UPSC)
SGB	Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband SGV Union suisse des arts et métiers USAM Unione svizzera delle arti e mestieri USAM
SKF	Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF Ligue suisse des femmes catholiques Unione svizzera delle donne cattoliche Uniun svizra da las dunnas catolicas
SSHV	Schweizerischer Stahl- und Haustechnikhandelsverband SSHV Association Suisse du Commerce de l'Acier et de la Technique du Bâtiment ASCA Associazione Svizzera del Commercio dell'acciaio e dell'Impiantistica ASCA
SQS	Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) Association Suisse pour Systèmes de Qualité et de Management (SQS) Associazione Svizzera per Sistemi di Qualità e di Management (SQS) Swiss Association for Quality and Management Systems (SQS)
StopArmut	StopArmut / Stop Pauvreté c/o Interaction, Bern
SUISSENÉGOCE	SUISSENÉGOCE
SVGW	SVGW Fachverband für Wasser, Gas und Wärme
SwissAccounting	SwissAccounting
Swiss Banking	Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASB) Swiss Bankers Association
SWISS CLEANTECH	swisscleantech
SWISSCOFEL	Verband des Schweizerischen Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandels Association Suisse du Commerce Fruits, Légumes et Pommes de terre
SWISS GAAP FER	Stiftung für Fachempfehlung zur Rechnungslegung
SwissHoldings	SwissHoldings Verband der Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz

Swiss Medtech	Swiss Medtech
Swissmem	Swissmem
Swiss Retail	Swiss Retail Federation
Swiss Sustainable Finance	Swiss Sustainable Finance
SWISS TEXTILES	Textilverband Schweiz Fédération textile suisse Swiss textile federation
SVC	Swiss Venture Club
Syna	Snya – le syndicat
terre des hommes	terre des hommes Schweiz
Transparency International	Transparency International Schweiz Suisse Svizzera Switzerland
TS	Travail.Suisse
UN Global Compact Network	UN Global Compact Network Switzerland & Liechtenstein
UNICEF	Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein
UPP	UNIVERSITY PENSION PLAN ONTARIO, Toronto
VCS ATE ATA	VCS Verkehrs-Club der Schweiz ATE Association transports et environnement ATA Associazione traffico e ambiente
Verband Schweizer Kantonalbanken	Kantonalbanken Banques Cantonales Banche Cantionali
VSLF / USVP	Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie (VSLF) Union Suisse de l'industrie des vernis et peintures (USVP)
VSRB / ABRS	Verband Schweizer Regionalbanken (VSRB) Association des banques régionales suisses (ABRS)
VSS	Verband der Schweizerischen Schmierstoffindustrie (VSS) Association de l'industrie Suisse des lubrifiants
WWF	WWF Schweiz
XBRL SCHWEIZ	Verein XBRL Schweiz
ZHK	Zürcher Handelskammer

Weitere interessierte Kreise / Autres milieux concernés / Le cerchie interessate

Advestra	Advestra AG
Akademien der Wissenschaften Schweiz a+	Akademien der Wissenschaften Schweiz a+
Bär & Karrer	Bär & Karrer AG Rechtsanwälte

BKW	BKW Energie AG
Boston Trust Walden	Boston Trust Walden Company
CG	Capital Group (CG), Los Angeles USA
Coop	Coop Genossenschaft
Ewb	Energie Wasser Bern
ESU-Services	ESU-SERVICES GmbH
EXPERTsuisse	EXPERTsuisse AG
fenaco	fenaco Genossenschaft
GENÈVE AÉRO-PORT	Aéroport International de Genève
Homburger	Homburger AG, Zürich
intently.	Intently Sàrl, Genève
Kellerhals Carrard	Kellerhals Carrard Bern KIG
Lidl Schweiz	Lidl Schweiz DL AG
LUKS Gruppe	LUKS Gruppe, Luzerner Kantonsspital AG
MIGROS	Migros-Genossenschafts-Bund
MSCI	MSCI ESG Research LLC, a subsidiary of MSCI Inc., New York USA
PepsiCo	PepsiCo, Inc.
PFANDBRIEFBANK	PFANDBRIEFBANK SCHWEIZERISCHER HYPOTHEKARINSTITUTE AG
PBZ	Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ)
Philip Morris	Philip Morris Switzerland Sàrl, Lausanne
ProCert	ProCert AG
Schweizerischer Arbeitgeberverband	Schweizerischer Arbeitgeberverband, Zürich
SIX	SIX Group AG
sustainserv	Sustainserv GmbH, Zürich
Suva	Schweizerische Unfallversicherung Suva
SWIPRA	SWIPRA Services AG
UZH	Universität Zürich, Rechtswissenschaftliches Institut
Université Genève	Université de Genève, Faculté de droit
UNIL	Universität de Lausanne, Centre de droit privé
Wellington Management	Wellington Management Company LLP, Boston USA
ZHKB	Zürcher Kantonalbank, Zürich

Privatpersonen / Particuliers / Privati

Meyer	Meyer Jan, Horgen
Rager	Rager Timo, Dr., Hunzenschwil
Stucki	Stucki Elisabeth, Bern

Verzicht auf Stellungnahme / Renonciation à une prise de position / Rinuncia a un parere

- Schweizerischer Arbeitgeberverband
Union patronale suisse
Unione svizzera degli imprenditori

- Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri